

05.05.2003

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Die Landesregierung muss ihrer Verantwortung für die Pflegeausbildung nachkommen**

#### **I. Der Landtag beschließt:**

Angesichts des angekündigten Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der Förderung der Altenpflegeausbildung wird die Landesregierung aufgefordert, den Wegfall dieser Ausbildungsplätze mit Hilfe zusätzlicher, landesgeförderter Ausbildungsplätze zu kompensieren, um dem massiven Fachkräftemangel in der Pflege entgegen zu wirken.

#### **II. Begründung:**

Das Landesarbeitsamt hat angekündigt, bei Umschulungsmaßnahmen für den Altenpflegeberuf im laufenden Jahr deutlich unter 2000 Ausbildungsplätze zu fördern. Die Landesregierung sieht bislang allerdings keinerlei Handlungsbedarf korrigierend einzugreifen und eine entsprechend höhere Anzahl an landesgeförderten Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Damit besteht die Gefahr, dass es in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2003 weniger Plätze für die Altenpflegeausbildung geben wird. Von einer bedarfsgerechten Förderung von Ausbildungsplätzen ist unser Land weit entfernt. Die angespannte Personalsituation in der Pflege wird sich vor diesem Hintergrund weiter verschärfen.

Altenpflegerinnen und Altenpfleger übernehmen eine große gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Pflege und Betreuung alter und kranker Menschen. Eine bedarfsgerechte und qualifizierte Ausbildung in den Pflegeberufen ist eine wesentliche Voraussetzung für hohe Leistungsfähigkeit und Qualität im Gesundheits- und Sozialwesen.

Datum des Originals: 05.05.2003/Ausgegeben: 05.05.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Das Land steht im Hinblick auf den massiven Fachkräftemangel in der Pflege besonders in der Verantwortung, eine ausreichende Versorgung der pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger mit Diensten und Einrichtungen zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Altenpflegeausbildung.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist evident, dass der Fachkräftebedarf in der Pflege künftig noch zunehmen wird. Die Landesregierung hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass in Nordrhein-Westfalen eine ausreichende Zahl von Altenpflegerinnen und Altenpflegern ausgebildet wird. Wenn die Verantwortung wie bisher nur zwischen Bund und Land hin und hergeschoben wird, leiden darunter letztendlich die schwächsten der Gesellschaft, die Pflegebedürftigen.

Die notwendigen Finanzmittel sind durch Einsparungen bei der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH bereitzustellen. Angesichts der Dringlichkeit der Herausforderungen in der Altenpflegeausbildung muss die Erfüllung dieser Aufgabe Vorrang haben vor der Förderung der genannten Gesellschaft.

Dr. Jürgen Rüttgers  
Hermann Josef Arentz  
Angelika Gemkow  
Rudolf Henke  
Josef Hovenjürgen  
Hagen Jobi  
Marie-Theres Kastner  
Wolfgang Kölker  
Heinrich Kruse  
Ursula Monheim  
Norbert Post  
Winfried Schittges  
Josef Wilp

und Fraktion